Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 2236. Expedition: Amt VI, 2240.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle des Blattes und alle Annoncenbureaux zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und den Mark 1,25 für die dreigespaltene Reklamezeile entgegen. Anfragen wegen der Inserate selbst sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Lieferungs-Verzögerungen werden nicht anerkannt.

[50. Jahrgang.] Sonntag den 1. Januar 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 1.

Berlin, den 31. Dezember.

Rückblick.

Deutschland ein despotisches System wie in Rußland inaugurieren wollen, dieses System mit Notwendigkeit zu demselben Ziele führen müsse. Die Monarchie würde restlos gestürzt werden, wenn sie die Mittel anwenden, die jetzt in Rußland tätig sind. Genug mit Notwendigkeit und ich hoffe nicht zu sehr, ist in diesem Fall einer der ersten nötig, der dazu die Hand bot, wenn diese Zustände hier zu nahen — ich wiederhole, wenn diese Zustände hier zu nahen." — Nebenbei sei erwähnt, daß Bebel ging zuvor die Erinnerung des Polizeirats Rumpf in Frankfurt a. M. als eine Frucht des Sozialistengesetzes gerechtfertigt hatte. Inzwischen aber ist die sozialdemokratische Presse nicht müde geworden, zu versichern, es gehe auf gesetzlichem Wege mit ihr in Deutschland.

Nicht weniger bedeutsam war die folgende Epistel. Im September 1868 beschäftigte die Ermordung der Kaiserin Elisabeth die gesamte gesittete Welt aufs tiefste. Ein sozialdemokratisches Blatt, die „Hohe-Mark-Arbeiterzeitung", war der parteimäßigen Verhetzung offenbar noch nicht völlig angepaßt, denn es empfahl für Anarchisten die Prügelstrafe, um sie zu entehren und ihnen das Heroistrategelüst auszutreiben. Das war am 22. September, doch schon am 28. September 1898 erklärte der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, daß die Ausführungen des genannten Blattes „im schroffsten Widerspruch zu den bisher in der Partei hochgehaltenen Grundsätzen stehen und deshalb auf das entschiedenste zurückzuweisen seien". — Eine solche Bibliothek, die Gegenstand nicht entfernt erfaßt, ist die sozialdemokratische Verhetzungen nach jeder Richtung klarmacht.

* * *

In der Presse werden die Bestimmungen der neuen **Dienstanweisung für die Direktoren und Oberlehrer** der höheren Schulen Preußens, meist in Form von Zuschriften aus Lehrerkreisen, näher gewürdigt und im allgemeinen unumwunden als ein Fortschritt anerkannt. So hebt eine solche Betrachtung in der Schlesischen Zeitung aus den Abschnitten über Unterrichtsverteilung und über die Durchführung des Lehrplanes hervor, daß der Direktor bei der ersteren zwar berechtigten Wünschen der Lehrer entgegenkommen werde, soweit es andere Rücksichten gestatten, daß aber keiner von ihnen Anspruch auf einen bestimmten Unterricht, besonders nicht auf den in den obersten Klassen seines höheren Dienstalters wegen habe, und daß das ausschließliche und jahrelange Unterrichten älterer Kollegen in den oberen und jüngerer in den unteren Klassen nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Dem sei ebenso beizupflichten, wie der Bestimmung: „Der Lehrplan muß so durchgeführt werden, daß die Schüler mit tunlichst Zuversicht der Arbeiten erledigen und sich, namentlich in den oberen Klassen, daheim zu größeren und zusammenhängenden Aufgaben versuchen." Diese Anweisung sei ganz besonders beachtenswert, denn ihre Durchführung setze voraus, daß die Schüler von der unteren Stufe ab allmählich an selbständiges Denken und Arbeiten gewöhnt und dazu angeleitet werden. — Eine andere Aeußerung, die von einem rheinischen Schulmann ausgeht, besagt, daß nunmehr mit der Beschleunigheit ein Ende gemacht sei, die in Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und in der Rheinprovinz für die Instruktion für die Direktoren und Lehrer bestand. Es besteht jetzt also eine einheitliche Anweisung für die ganze preußische Monarchie. So sei mit mancherlei Unzuträglichkeiten aufgeräumt worden. Wenn auch die direktoriale Amtsgewalt schärfer herausgehoben wurde, als in manchen der früheren Provinzialinstruktionen, so vermeide doch die neue Anweisung mit großer Peinlichkeit alles, was irgendwie für Direktor oder Lehrer verletzend wirken könnte. Der Absatz lautet: „Auf Versäumnisse und Mißgriffe soll der Direktor die Lehrer zunächst unter vier Augen aufmerksam machen; wo jedoch seine Erinnerung nicht ausreicht, ist er verpflichtet, mit Entschiedenheit einzugreifen; nötigenfalls wird er die Mittel anwenden, die einem Vorgesetzten nach dem Disziplinargesetz zustehen. Schwerere Pflichtverletzungen hat er zur Kenntnis des Provinzialschulkollegiums zu bringen. Wenn Gefahr im Verzug ist, muß er dem Lehrer die Ausübung des Amtes vorläufig untersagen, hat aber darüber an das Provinzialschulkollegium zu berichten und bei nichtstaatlichen Anstalten auch der Patronatsbehörde Anzeige zu erstatten." Die Zuschrift bemerkt, damit sei das Disziplinarrecht des Direktors eigentlich doch nur ganz angedeutet. Das Kultusministerium käme hier einem Wunsche der pommerschen Philologenvereins entgegen, der in seinen Leitsätzen zur Dienstanweisung das Verlangen zum Ausdruck brachte, bezüglich des Disziplinarrechts des Direktors sollte sich die Dienstanweisung mit einem Hinweis auf das allgemeine Disziplinargesetz für die nichtrichterlichen Beamten begnügen.

Hierzu gehört auch, daß bei dem Ganzen voranzustellen einleitenden Grundsätze es als Pflicht des Direktors bezeichnen, das Kollegium durch Anregung und Beispiel für die Verwirklichung einer einheitlichen Lehrauffassung zu gewinnen. Indem der Direktor alle Lehrer als Glieder eines Ganzen zusammenschließt und doch jedem die Freiheit läßt, nach seiner Eigenart sein Bestes zu tun, wird er in ihnen zugleich das Gefühl der Verantwortlichkeit und die Freude am Gedeihen des gemeinsamen Werkes kräftigen. Es darf erwartet werden, daß der Direktor den Lehrern gegenüber nur im amtlichen Verkehr das Verhältnis des Vorgesetzten nicht ohne Not betone. Anderseits müssen die Lehrer sich darüber klar sein, daß der gemeinsame Zweck die willige Einordnung des einzelnen fordert und jedem die Pflicht der Selbstverleugnung auferlegt."

Von Bedeutung sind ferner die Bestimmungen über Nebenämter, Privatstunden und Pensionäre, sowie das Verhältnis der städtischen Schulen zu ihren Kuratorien. Das Dienstreglement gibt dazu folgende Anweisung: „Zur Uebernahme eines mit Gehalt oder sonstwieder Remuneration verbundenen Nebenamts, einschließlich des Unterrichts an Privatschulen, zur Uebernahme einer Vormundschaft, eines Gemeindeamts oder zum Eintritt in eine gewerbliche Aktiengesellschaft bedarf der Lehrer und Beamte der Genehmigung des Provinzialschulkollegiums. Die Genehmigung ist stets widerruflich. Gehälter der eigenen Anstalt als Pensionäre aufzunehmen oder gegen Entgelt privatim zu unterrichten, ist den Direktoren im allgemeinen nicht gestattet. Auch bei den festangestellten Lehrern soll das Halten von Pensionären und die Erteilung von Privatunterricht eine Ausnahme bilden; doch kann ihnen der Direktor die Genehmigung dazu erteilen, wenn es ihm mit Rücksicht auf die Schule wünschenswert erscheint." Es dürfte sich hier um besondere Orte oder um solche handeln, wo nur eine kleine Lehranstalt besteht, und das sonst generelle Verbot aufgehoben, das in der Regierung sehr verschiedene Auffassung des Direktorenamtes. Das Hochstreben der Direktoren, sich in die Rolle des ersten Lehrers zu drängen und dessen Teilnahme an dem Gedeihen der Schule zu pflegen und zu fördern. Der Direktor hat dem Patronat die für dessen Geschäftsführung notwendigen Nachweise zu liefern und die erforderlichen Aufschlüsse über die Verhältnisse der Schule zu geben.

* * *

Nicht überall scheint man die Weihnachtszeit als eine solche des Friedens zu achten. In der deutschen Ostmark konnte z. B. beobachtet werden, daß, je näher das Fest heranrückte, die Aufforderungen der **polnischen Presse** an ihre Landsleute, ausschließlich beim polnischen Kaufmann und Handwerker zu kaufen, um so zahlreicher wurden. Kurz hintereinander begegneten solche Artikel im Orędownik, Kurjer, Dziennik Poznanski. Dazu fand sich im Gloś Slonski, ebenso im Kurjer und Dziennik Slonski, den jetzt in den Abgeordneten-Plutenzahl Hand vereinigten oberschlesischen Organen, die Aufforderung zur Einkehrung der Arbeit polnischer Kaufleute in den oberschlesischen Städten und Dörfern zum Zwecke der Aufstellung einer Liste aller polnischen Geschäfte, angeblich für ein größeres wissenschaftliches Werk über den polnischen Handel in Oberschlesien. „Wir heben", so bemerkt hierzu die Korrespondenz „Der Osten", „diese charakteristischen Beispiele der polnischen Boykottbewegung hervor, die dem Kenner ja nichts Neues bringen, um erneut zu zeigen, wie berechtigt, ja geradezu notwendig die deutsche Gegenbewegung ist, und wie unberechtigt die kürzlich in Lissa-Posen eingeleitete Agitation gegen eine Liste deutscher Geschäfte war. Die Deutschen müssen der polnischen Bewegung mit denselben Mitteln entgegentreten."

Auch bei der Volkszählung hat sich, nach Mitteilungen eines Gutsbesitzers der Provinz Posen an die deutsche Presse, das Polentum weit bemerklicher zu machen gewußt, als der Zweck es gestattete. Volkszählungen veranstalten den Land- und Gutsbesitzer stets eine gewisse Arbeitslast. Die Ortsvorsteher der Ostmark sind in dieser Beziehung besonders schlecht daran, in diesem Jahre kamen zu den allgemeinen Schwierigkeiten noch anscheinend systematische Aufwiegelungen seitens der polnischen Geistlichkeit und der polnischen Presse hinzu. Mit großer Energie wurde von den polnischen Bewohnern die deutsche Sprache verleugnet, und es kam da oft zu nicht unbedenklichen Auftritten. „Der Ortsvorsteher, der pflichtgemäß bei der Nachprüfung der Zählkarten bei den ihm als deutschsprechend bekannten Personen die Ablehnung der deutschen Sprache berichtigte, wurde geschmäht und der Fälschung beschuldigt. Es ist hier und auch an anderen Orten der Provinz Posen vorgekommen, daß eine größere Anzahl Polen während der Abwesenheit des Ortsvorstehers oder des Zählers in die Wohnung kamen, sich aus irgendeinem Vorwande die Zählkarten vorlesen ließen und, falls Berichtigungen vorgenommen und die Ablehnung der deutschen Sprache berichtigt war, die Karten einfach zerrissen. Natürlich mußten in solchen Fällen wieder neue Karten ausgeschrieben werden. Wer von den Ortsvorstehern oder Zählern seiner Ansicht nicht Geltung zu verschaffen wußte, der hat um des lieben Friedens willen" vor dem Fanatismus der Polen eine Verbeugung gemacht und den „Volkswillen" herrschen lassen! Mir ist ein sonst kerndeutscher Wirtschaftsbeamter, der als Zähler amtierte, bekannt, der in seinem Zählbezirk keinen einzigen Polen „der deutschen Sprache mächtig" bezeichnete, obwohl 9/10 der dort wohnenden Polen die deutsche Sprache beherrschen. Wie mag es nun erst in den Gemeinden aussehen, die weniger deutsche oder gar polnische Ortsvorsteher und Zähler hatten?" Wenn die Staatsbehörden aus der letzten Volkszählung Schlüsse auf den Fortschritt der deutschen Sprache in den polnischsprechenden Landesteilen ziehen zu können glauben, so hätten sie, schließt der Einsender, die Rechnung ohne die polnische Geistlichkeit gemacht.

* * *

Seit der Interpellationsverhandlung im Reichstage aus Anlaß der **Fleischpreise** wird diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit mit einer erkennbaren Mäßigung gegen früher erörtert. Man hat sich überzeugen können, daß die Umstände doch nicht so liegen, wie vordem gern behauptet wurde. In gewisser Hinsicht einzig die weichende Tendenz der Preise schon im Oktober der Situation einiges von ihrer Schärfe. Bereits damals stellte sich in Berlin der Doppelzentner Schlachtgewicht für Schweine auf 137 ℳ, während er im gleichen Monat des Vorjahres, das nicht als Teuerungsjahr angesehen wird, 151 ℳ betragen hat. Der Auftrieb nahm im Monat August ebenfalls zu mit Ausnahme der Kälber; dafür zeigte der Auftrieb der Schweine eine Zunahme von 48 710 Stück. Aus diesen Tatsachen ging schon hervor, daß von einer Fleischnot nicht die Rede sein konnte, und wenn auch die Fleischpreise im Verhältnis zu den Durchschnittspreisen der letzten Jahre ziemlich hoch sind, so haben sie vielfach die Höhe der letzten Jahre nicht erreicht. Ungewöhnliche Steigerung der Vieh- und namentlich der Fleischpreise ist eine sich öfters wiederholende volkswirtschaftliche Erscheinung: hohe und niedrige Preise wechseln seit längerer Zeit ständig ab. Die Viehzählungen aber beweisen, daß die Zunahme in den einzelnen Viehgattungen mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt hält. Die Schweinehaltung hat im Verhältnis zur Bevölkerung bedeutend stärker zugenommen. Nicht zu übersehen ist auch, daß die Fleischqualität besser geworden ist, und daß auch die Schlachtprozente steigen. Sowohl die höheren Preise aus den Jahren 1905/06 als auch die jetzigen sind eine Folge ungünstiger Ernten. 1904 und 1909 waren für die Landwirtschaft wenig günstig. Der geringere Ernteertrag macht es unmöglich, den Viehbestand in alter Stärke beizubehalten, er mußte zum Teil verringert werden. Er verringert ferner aber auch die Einnahmen. Da nun die Ausgaben in den schlechten Jahren immer höher sind als in guten Jahren, wird der Landwirt nun gezwungen, durch Verkauf von Vieh die Wirtschaftseinnahmen zu decken.

Nun aber ist der Landwirt nicht in der Lage, einen verringerten Viehbestand im Laufe einiger Tage oder Wochen wieder auf eine normale Höhe zu bringen. Das dauert Monate. Abgesehen von einer anormalen Preisgestaltung nach schlechten Erntejahren werden doch die Vieh- und Fleischpreise immer eine steigende Tendenz zeigen. Diese macht sich nicht allein für Deutschland bemerkbar, sondern für alle europäischen Länder. Hauptursache ist zunächst die Steigerung der Produktionskosten. Parallel mit der Steigerung der direkten Betriebskosten geht die Zunahme der kommunalen und sozialpolitischen Lasten. Letztgenannten mit 400 bis 500 pCt. Zuschlag zu den Staatssteuern sind nichts Seltenes. Die Beiträge zur Unfall- und Invalidenversicherung, zur Hilfspflichtversicherung mehren sich von Jahr zu Jahr. Das alles trägt mit bei zur Steigerung der Produktionskosten. Ferner wirkt der Umstand, daß die Landwirtschaft in immer stärkerem Maße auf Zukäufe angewiesen ist, um ihren Betrieb aufrechterhalten zu können. Vor allem ist aber nicht zu übersehen, daß der einfache Weg vom Stalle des Bauern in das Schlachthaus des Metzgers und von hier aus direkt zum Verbraucher nicht mehr begangen wird, heute auch kaum noch möglich ist. Aus der Hand des Landwirts geht das Produkt an Händler oder Aufkäufer, diese übergeben es an Großaufkäufe, Agenten, Makler oder Kommissionäre. Erst von diesen wiederum gelangt es an den Großschlächter und weiter an den Fleischer, der es dann [illegible] gültigen Verbrauch an seine Kunden abgibt. [illegible] und müssen verdienen. Die großartigen, [illegible] teueren und gut verzinslichen städtischen Ausschlachtungsanlagen, [illegible] Händlern und Metzgern bequem gemacht, mit [illegible] und Fleisch nach Wunsch in beliebiger Menge [illegible] zu erhalten. Diese moderne Form der Fleischversorgung muß eine Erhöhung der Fleischpreise [illegible]. Daß diese Erhöhung nicht ganz selten zu schroff [illegible] lassen der Preise schlechweg herhalten muß, [illegible] schrift, die ein höherer Beamter aus Ostrowo [illegible] vor Weihnachten an die Berliner Neuesten Nachrichten [illegible] hat. Darin wurde mitgeteilt, daß infolge eines [illegible] zwischen Fleischermeistern und einem Viehhändler [illegible] selbst zu schlachten und zu verkaufen begonnen [illegible] für Schweinefleisch plötzlich um etwa 25 p. H. fielen. [illegible] bonade, die bisher 80 bis 90 ₰ für das Pfund kostete, war jetzt durchweg für 60 ₰ erhältlich. „Wenn auch nicht verkannt werden kann, daß das allmähliche Erlöschen der in hiesiger Gegend stark aufgetretenen Maul- und Klauenseuche an dem Preissturz etwas mitgewirkt hat, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß aus den bisherigen hohen Preisen in erster Linie die zu einem Ring zusammengeschlossenen Fleischermeister und die Viehhändler ihre großen Vorteile gezogen haben." Die Fleischermeister aber waren natürlich sehr erregt.

Indessen werden die vorhin genannten, wirklich gewichtigen und preissteigernden Momente zu wenig beachtet. Man übersieht vielfach, so wurde von der Deutschen Vereinigungskorrespondenz kürzlich hervorgehoben, den Unterschied zwischen Lebendviehpreisen und Fleischpreisen. So kommt es denn auch, daß der Fernstehende aus Mangel an Kenntnis der tatsächlichen Preisgestaltung die Landwirtschaft allein für jede Lebensmittelteuerung verantwortlich macht. Von sozialdemokratischer Seite hat man berechnet, was das Agrarierturm, gemeint ist der Großgrundbesitz, durch die Fleischteuerung verdient. Und doch entfällt auf den Großgrundbesitz nur ein verhältnismäßig geringer Anteil des Viehbestandes. Von den 5 736 069 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahre 1907 sind 5 450 925 Betriebe unter 20 Hektar, die auf keinen Fall zu den größeren Betrieben zu rechnen sind. Auf diese entfielen 12 344 000 Stück Rindvieh: gut zwei Drittel des gesamten Rindviehbestandes. Vom Schweinebestande kamen auf diese Betriebe gegen 13 825 000, fast [illegible] bestandes. Allein auf die Kleinbetriebe [illegible] zwei Fünftel des gesamten Schweine[illegible] der Betriebe unter 20 Hektar, die [illegible] wirtschaftliche Tagelöhner müssen [illegible] schwere Arbeit im eigenen Betriebe verdienen. — Man sieht es als etwas Selbstverständliches an, daß nur der Landwirt zu niedrigen Preisen liefern soll, daß er selbst bei steigenden Ausgaben zu decken hat, beträchtlich die Löhne landwirtschaftlicher Arbeiter und verlangt zugleich niedrigere Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Zudem sind die meisten Grenzen geöffnet. Aus Rußland dürfen wöchentlich 2500 Stück Schweine geliefert werden; vollständig wird die Zahl niemals ausgenutzt. Oesterreich-Ungarn kann Rindvieh ohne Einschränkung liefern, und 80 000 Stück Schweine. Auch diese Zahl wird nicht eingehalten. Oesterreich leidet selbst unter einer Fleischteuerung. Aus Dänemark kann Rindvieh unter bestimmten Vorsichtsmaßregeln eingeführt werden. Die Einfuhr frischen Fleisches kann fast aus allen Ländern erfolgen. Aufhebung der jetzigen Einfuhrbestimmungen würde, ganz abgesehen davon, daß sie eine Gefährdung des deutschen Viehbestandes bedeutet, den Gang der inländischen Produktion stören, diese nur hemmen. Solange die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, den überaus größten Teil (95 pCt.) des eigenen Fleischbedarfs zu decken, muß mit allen Mitteln danach gestrebt werden, diesen Zustand zu erhalten und noch mehr zu bessern. Hierin allein liegt die Gewähr einer hinreichenden Fleischversorgung, die, abgesehen von Mißerntejahren, auch die Bevölkerung bisher vollauf befriedigte.

Rundschau im Auslande.

Zur Lage in Portugal.

Die **portugiesische Gesandtschaft in Berlin** teilt mit: Die vorläufige Regierung der portugiesischen Republik hat nach Aufhebung der Klosterkongregationen angeordnet, daß sofort zur Aufstellung einer Liste der Güter, welche diese in Besitz hatten, geschritten werde, um sie zu schätzen und sie dann den rechtmäßigen Eigentümern zu übergeben. Zu diesem Zweck und um der Prüfung dieser Besitzrechte die vollste Unparteilichkeit zu sichern, wird die Zuteilung dieser Güter in die Hände der Staatsanwaltschaft und der Gerichte gelegt werden.

Die Staatsanwaltschaft wird von Amts wegen bei allen erforderlichen Nachforschungen vorgehen und ohne irgendwelche Unkosten für diejenigen, welche Ansprüche erheben. Man wird diesen sechs Monate Frist für die Geltendmachung ihrer Ansprüche bewilligen. Sobald die Staatsanwaltschaft überzeugt ist, daß ihre Ansprüche begründet sind, wird sie die Betreffenden in den Besitz einweisen. In den Fällen, in welchen die Staatsanwaltschaft die Eigentumsansprüche auf Grund der gepflogenen Erhebungen bestreitet, wird es genügen, daß die Interessenten, um ihre Ansprüche bei den Gerichten weiterzuverfolgen, einen Kostenvorschuß hinterlegen, der ihnen zurückgezahlt wird, wenn sie obsiegen. Die vorläufige Regierung denkt also nicht im geringsten daran, das Privateigentum anzutasten, welches irgendjemand gehört, der in Diensten der Klosterkongregationen gestanden hat. Eine solche Beschlagnahme von Privateigentum würde auch nicht den Absichten, ihren rechtlich vorzugehen, entsprechen. Die vorläufige Regierung will sich auch nicht einmal böswilligen Verdächtigungen dieser Art aussetzen und hat sich aber weiter der Prüfung der Ansprüche und der Entscheidung über die Rechtstitel vorbehalten, sondern hat gewissenhaft die Gerichte hierzu betraut.

London, 30. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Erkundigungen in hiesigen portugiesischen Kreisen haben zu keiner Bestätigung der Gerüchte über eine akute Krisis in Lissabon und die Entdeckung einer royalistischen Verschwörung geführt. Irgendeine wichtige royalistische Bewegung wird augenblicklich für kaum wahrscheinlich gehalten. Man gibt jedoch ruhigerlos zu, daß die Dinge in Portugal in einem immer schlimmeren Zustand geraten.

London, 30. Dezember. Der hiesige portugiesische Geschäftsträger hat eine Depesche seiner Regierung erhalten, wonach [illegible] Ruhe herrsche. Die Nachrichten über [illegible] seien übertrieben. [illegible] Portugal durchaus [illegible] Die Gesandtschaften fürchten aus Madrid [illegible]